Stellungnahme zu Cornelius Holtorf, *Alternative Futures: How Can Cultural Heritage Be Mobilized for Peace Rather than War?*

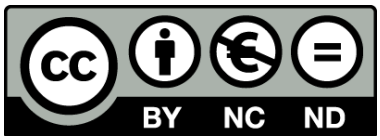
Carolin Jauß

Zitiervorschlag
Jauß, Carolin. 2026. Stellungnahme zu Cornelius Holtorf, *Alternative Futures: How Can Cultural Heritage Be Mobilized for Peace Rather than War?* Forum Kritische Archäologie 15, Controversy: Alternative Futures: 37–43.

URL https://www.kritischearchaeologie.de

DOI http://dx.doi.org/10.17169/refubium-52173

ISSN 2194-346X



Dieser Beitrag steht unter der Creative Commons Lizenz CC BY-NC-ND 4.0 (Namensnennung – Nicht kommerziell – Keine Bearbeitung) International. Sie erlaubt den Download und die Weiterverteilung des Werkes / Inhaltes unter Nennung des Namens des*der Autor*in, jedoch keinerlei Bearbeitung oder kommerzielle Nutzung.

Weitere Informationen zu der Lizenz finden Sie unter: http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de.

Stellungnahme zu Cornelius Holtorf, *Alternative Futures: How Can Cultural Heritage Be Mobilized for Peace Rather than War?*

Carolin Jauß

Institut für Vorderasiatische Archäologie, Freie Universität Berlin

Anlass für den Beitrag Cornelius Holtorfs ist eine Entwicklung in Schweden, die Kulturerbe verstärkt vor dem Hintergrund eines drohenden Kriegs diskutiert, die Rolle von Kultur im Rahmen einer Gesamtverteidigungsstrategie verhandelt und die nach Holtorfs Beobachtung im „Kulturerbebetrieb" unhinterfragt bleibt.

Der derzeitige Fokus europäischer Staaten auf Verteidigung, sowohl fiskalisch als auch rhetorisch, ist kein allein schwedisches Phänomen. Die Kurzsichtigkeit, mit der diese Politik verfolgt wird, ohne eine Idee davon zu haben oder zumindest ohne zu vermitteln, wo man auf lange Sicht mit dieser Politik hin möchte, kritisiert auch Daniel Marwecki in seiner in Deutschland derzeit viel diskutierten Gegenwartsanalyse *Die Welt nach dem Westen* und konstatiert: „[…] Rüstung ohne eine positive Vision von Zukunft wird sich im Nachhinein als Kriegsvorbereitung herausstellen" (Marwecki 2025: 212).

Holtorf appelliert daran, positive Zukünfte zu denken. Er tut dies in einer Zeit, in der die Gegenwart sich gefühlt so schnell bewegt, dass die Kapazitäten kaum ausreichen, um sie zu begreifen und in der der Blick in die Zukunft auf Katastrophen gerichtet ist, auf die es sich gilt, in der Gegenwart vorzubereiten (Voges 2025a, 2025b, 2025c). Es ist eine Zeit, in der kein Platz mehr zu sein scheint für positive Zukünfte. Holtorfs Apell ist eine Erinnerung daran, wie wichtig es gerade jetzt ist, ihnen (wieder) Raum einzuräumen.

„Wie kann kulturelles Erbe nutzbar gemacht werden für Frieden, statt für Krieg?" – noch vor wenigen Jahren hätte diese Frage, die Holtorf 2026 für die Überschrift seines Beitrags in *Forum Kritische Archäologie* (FKA) gewählt hat, aus der Zeit gefallen geklungen. So sehr war der erste Satzteil – die konstruktive Rolle von Kulturerbe zum Erhalt von Frieden – das Credo von Kulturpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg geworden (s. Holtorf 2026: 32). Doch wie vieles, das bis vor Kurzem selbstverständlich erschien und nicht hinterfragt wurde, zeigt sich auch bei diesem Credo, dass es hohl ist, wenn man es nicht aktiv mit Leben füllt.

Holtorf kritisiert in seinem Beitrag zweierlei. Einerseits, dass die Erhaltung von Kulturerbe und sein Schutz vor unterschiedlichen Bedrohungen, einschließlich Krieg, im gesamten Bereich des Umgangs mit Kulturerbe zu breiten Raum einnehme. Dies sei geradezu zu einem Paradigma des Kulturerbesektors geworden (2026: 27). Zum anderen diskutiert er, dass das symbolische und identitätsstiftende Potenzial von Kulturerbe – einschließlich UNESCO-Welterbe – ganz entgegen der von der UNESCO ursprünglich angestrebten verbindenden und friedensfördernden Rolle – für nationalistische Zwecke bis hin zur Rechtfertigung von Krieg genutzt werde. Er beleuchtet diese beiden Themenkomplexe breit. Ich werde mich im Folgenden lediglich zwei Aspekten widmen: zum einen der Verbindung von Kulturgutschutz und Zivil- bzw. Katastrophenschutz und zum anderen der Verbindung von Politik und Kulturerbe. Für keines der drei Gebiete – Kulturerbe, Zivil- und Katastrophenschutz genauso wie Sicherheits- oder Kulturpolitik – bin ich Expertin. Meine Ausführungen beruhen auf einer eher oberflächlichen Recherche und mögen daher lückenhaft sein. Ich hoffe, sie ergänzen Holtorfs Artikel dennoch in produktiver Weise.

In einem Forschungsprojekt am Leibniz-Zentrum für zeithistorische Forschung (ZZF) untersucht Jonathan Voges Veränderungen in der Sicherheitspolitik Deutschlands nach dem Ende des Kalten Krieges (Voges 2025a, 2025b,

2025c; Deutschlandfunk Nova 2026). Im Zentrum seines Projektes „[…] steht die Frage, wie es dazu kam, dass das moderne Versprechen, Zukunft planen zu können und Gefahren präventiv verhindern zu können, von einem sicherheitspolitischen Denken und Handeln abgelöst wurde“ (Voges 2025c). Seit Mitte der 1990er-Jahre habe sich ausgehend von den USA ein fundamentaler Wandel der Sicherheitskultur vollzogen. Zunächst sei nicht mehr die Katastrophe selbst als Problem gesehen worden, sondern das „Unvorbereitet-Sein“ auf die Katastrophe. Sicherheitspolitik bzw. Katastrophenschutz, die zuvor Prävention – also die Verhinderung von Katastrophen – zum Ziel hatten, hätten sich unterdessen dahingehend entwickelt, ausschließlich auf die Vorbereitung vor der Katastrophe, die Reaktion auf die Katastrophe und die Minderung von deren Folgen ausgerichtet zu sein. Dazu gehöre auch, Bevölkerungen mental auf Unsicherheiten vorzubereiten und sie von einer Risikokultur zu überzeugen. Wären zunächst vor allem Naturkatastrophen und Epidemien im Blick gewesen, so seien seit den islamistischen Anschlägen vom 11. September 2001 auf das World Trade Center terroristische Anschläge hinzugekommen und in den letzten Jahren auch wieder der Kriegsfall. Katastrophen würden unterdessen in Politik und Gesellschaft für unvermeidbar gehalten. ‚*Preparedness*‘ sei ein Schlüsselbegriff, anhand dessen sich diese von Voges als Paradigmenwechsel charakterisierte Entwicklung analysieren und beschreiben ließe. In dieser Logik scheint es über die Katastrophe hinaus gar keine Zukunft mehr zu geben. Wenn dieses Denken, in dem weder eine Zukunft ohne Katastrophe noch eine nach der Katastrophe existiert, nun auch auf das Denken mit Bezug zu Krieg übertragen wird, ist das fatal.

Der Schutz von Kulturgut ist – wie Holtorf das in seinem Beitrag beschreibt – scheinbar Teil dieser Entwicklung. Dass Kulturgut Objekt des Zivilschutzes ist, hat eine lange Tradition. Internationale Regelungen zum Schutz von Kulturgut in bewaffneten Konflikten enthielt bereits das in Den Haag im Jahr 1899 unterzeichnete *Abkommen, betreffend die Gesetze und Gebräuche des Landkrieges,* und das *Haager Abkommen vom 14. Mai 1954 für den Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten* widmet sich allein diesem Thema (Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe 2012). Sieht man sich hingegen die UNESCO-Verfassung von 1945 an, so betont diese die Bedeutung der Verbreitung von Kultur, um „Frieden im Geist der Menschen“ zu verankern (UNESCO 2001 [1945]). Es gab also durchaus direkt nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs ein starkes inhaltliches ‚Gegengewicht‘ zur reinen Frage des Schutzes von Kulturgut. Mit dem *Übereinkommen zum Schutz des Kultur- und Naturerbes der Welt,* der UNESCO-Welterbekonvention, kam dann in den 1970er-Jahren der Schutzgedanke hinzu (UNESCO 1972). Im Vordergrund stand laut Präambel der Schutz vor Zerfall auch durch sich wandelnde soziale und wirtschaftliche Ursachen und dezidiert die Notwendigkeit, dies gemeinschaftlich international umzusetzen. Im Fokus der Aktivitäten der UN zum Katastrophenschutz, insbesondere mit Bezug zu Naturkatastrophen, scheint Kulturerbe zunächst nicht gewesen zu sein (UNISDR 2005; UNDRR 2026a, 2026b). Im aktuellen UN-Rahmen zur Katastrophenvorsorge, dem *Sendai Framework for Disaster Risk Reduction 2015–2030,* wird Kulturerbe (nicht Kultur!) hingegen gleichberechtigt neben Wirtschaft, Sozialem, Gesundheit, Bildung und Umwelt genannt (UNISDR 2015). Auf diesem internationalen Rahmenwerk basieren wiederum nationale Strategien wie beispielsweise die deutsche Resilienzstrategie von 2022 (Bundesministerium des Innern und für Heimat 2022). Es stellt sich meines Erachtens zum einen die Frage, wie genau es dazu kam, dass Kulturerbe ein Teilbereich auch des Katastrophenschutzes oder aktueller ‚Resilienzstrategien‘ wurde und zum anderen, weshalb nicht nur Expertinnen und Experten für Zivil- und Katastrophenschutz, sondern auch solche für Kulturerbe die Logik des ‚*Preparedness*‘ übernommen haben. Vielleicht hängt die starke inhaltliche Anbindung des Kulturerbebereichs über den Kulturgut- beziehungsweise Denkmalschutz an den Katastrophenschutz mit einer zunehmenden Institutionalisierung zusammen, die sicher auch von dem Konzept des UNESCO-Welterbe innerhalb der UN befördert beziehungsweise global transportiert wurde. Vielleicht hat das Übergewicht des Administrativen gegenüber dem Inhaltlichen auch damit zu tun, dass ein eigener Sektor des Kulturerbemanagements weniger verbunden ist mit archäologischer oder historischer Forschung und stattdessen enger mit administrativen Strukturen u. a. zum Katastrophenschutz und staatlicher Tourismusförderung?

Erhalt und Schutz von Kulturerbe haben ihre Berechtigung. Doch scheint die Balance verloren gegangen zu sein. Von der Nachkriegs-Idee, dass Kulturerbe erhaltens- und schützenswert ist, weil es zu einer friedlichen Welt beitragen kann, scheint vor allem übrig geblieben zu sein, dass es geschützt (und touristisch vermarktet) wird.

Gleichzeitig scheint dem Problem beziehungsweise der Gefahr, dass der Bedeutungszuwachs, den Kulturerbe vor dem Hintergrund, dass es zu positiven Entwicklungen beitragen kann, erfahren hat, ins genaue Gegenteil dessen verkehrt werden könnte, wozu er eigentlich gedacht war, kaum Beachtung geschenkt worden zu sein. Ein Beispiel

dafür ist ein Vortrag, gehalten 2019 im Yarmouk Cultural Center in Kuweit von Markus Hilgert in seiner damaligen Funktion als Generalsekretär der *Kulturstiftung der Länder*, die im Auftrag der deutschen Bundesländer Kunst- und Kulturförderung betreibt (Hilgert 2019).[1] Hilgert beschreibt, dass die positive Wirkung von Kultur in gesellschaftliche Bereiche jenseits der Kultur in Publikationen der EU, OECD bis hin zur UN zunehmende Anerkennung erfahre und sieht darin einen „cultural turn in politics". Dieser könne zusätzlich befördert werden, wenn die langfristigen positiven Effekte von Kultur auf nachhaltige Entwicklung, Frieden und Sicherheit, soziale Stabilität, gute Regierungsführung und wirtschaftliche Entwicklung besser erforscht, bestenfalls quantitativ messbar wären, was wiederum die Bereitschaft von staatlichen Akteuren zu höheren Förderausgaben für den Kulturbereich erhöhen könnte. Der Vortrag ist im Grunde ein Plädoyer für das, was auch Holtorf fordert: Die Befassung mit Kultur und Kulturerbe zum Wohle von Gesellschaften. Der Unterschied zu Holtorf ist, dass Hilgert nicht mit einem Satz thematisiert, dass dies nicht selbstverständlich ist. Dass Effekte von Kultur auf Gesellschaft auch negativ genutzt werden könnten, dass sie nicht nur „Katalysator friedlicher internationaler Beziehungen" (Hilgert 2019) sondern auch Katalysator nationalistischer Bestrebungen bis hin zu Kriegen sein können, scheint 2019 noch nicht (wieder) besprechenswert gewesen zu sein. Die bewusste Zerstörung von Kulturerbe, wie sie beispielsweise durch den Islamischen Staat oder auch das Assad-Regime während des Krieges in Syrien praktiziert wurde und die auch von Hilgert erwähnt wird, führte nicht dazu, sich stärker inhaltlich mit der eigenen Konstruktion der Bedeutung von Kulturerbe und der in alle Richtungen offenen Instrumentalisierung von Kulturerbe zu befassen, sondern verstärkte – wie auch Holtorf schreibt – lediglich die Schutzbemühungen.

Es ist eigentlich eine Binsenweisheit: Sein Potenzial für eine positive Zukunft entfaltet Kulturerbe alles andere als automatisch aus sich heraus, wenn man es nur ausreichend schützt. Dieses in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts vor dem Hintergrund des Zweiten Weltkriegs in den Vordergrund gestellte Potenzial muss bewusst und aktiv befördert werden. Holtorfs deutlicher Appell, gegebenenfalls auch auf Kosten von Kapazitäten für den Schutz von Kulturerbe, gezielt über sein positives Potenzial nachzudenken und es nutzbar zu machen zum Wohle von Menschen und „globaler Solidarität", ist deshalb richtig.

Gleichzeitig zeigt Holtorfs Schilderung der Situation in Schweden, dass dieses ‚richtig' gerade jetzt auch wichtig ist. Ist die Betonung der globalen Bedeutung und der Verbindung und Verständnis fördernden Wirkung von Kultur in einer Zeit entstanden, in der generell nach einem verheerenden Weltkrieg die Verständigung und Friedenssicherung im Vordergrund stand, so spiegelt die von Holtorf für Schweden beschriebene Entwicklung die sich seit einiger Zeit in vielen Staaten abzeichnende Tendenz zur ‚Rückbesinnung' auf den Nationalstaat.

Im ersten Teil seines Artikels beschreibt Holtorf, dass der Kulturerbebereich in Schweden Teil von Gesamtbestrebungen zur Vorbereitung auf einen Kriegsfall ist und dabei Kultur, Geschichte und Kulturerbe laut den angeführten Regierungspapieren explizit zu nationalistisch nach innen gerichteter Identitätsstärkung und Abgrenzung nach außen genutzt werden soll. Er bespricht nicht, wann und wie diese Entwicklung einsetzte, zitiert jedoch eine schwedische Strategie zu UNESCO-Welterbe, die noch 2019 die Perspektive einnahm, dass Welterbe den Weg zu einer nachhaltigen und friedlichen Welt weisen könne. Es scheint also eine neue und schnelle Entwicklung gewesen zu sein und/oder eine von der Kulturpolitik selbst abgekoppelte. Die Entwicklung scheint vielmehr auf der Verbindung des Kulturerbebereichs mit Zivil- und Katastrophenschutz zu beruhen. Jedenfalls stammt das von Holtorf zur Illustration der Entwicklung angeführte, drastische Zitat, das 2023 auf einer Veranstaltung der *Swedish Museum Association* vorgeführt wurde, von einem Mitarbeiter der Katastrophenschutzbehörde.

Holtorf schildert die inhaltliche Entwicklung; eine institutionelle beziehungsweise strukturelle Einordnung des Kultursektors in Schweden nimmt er nicht vor. Für seine Argumentation ist dies grundsätzlich nicht notwendig. Für ein besseres Verständnis der Situation in Schweden selbst wäre es jedoch interessant zu wissen, wer diesen Diskurs initiiert hat und wer oder was ihn treibt, wer die damit verbundene Maßnahmen umsetzt, wie sie finanziert werden und wie politisch die eingebundenen Institutionen und Verwaltungsbehörden sind. Wie politisch ist die Katastrophenschutzbehörde in Schweden – sind beispielsweise die Ämter dort reine Verwaltungsstellen oder politisch besetzt? Welche organisatorischen und eventuell auch finanziellen Verbindungen gibt es in Schweden zwischen der Museumslandschaft und dem Katastrophenschutz und gegebenenfalls seit wann?

1 Markus Hilgert ist seit April 2025 Präsident der Universität der Künste, Berlin und seit November 2025 Präsident der Kulturpolitischen Gesellschaft. Diese plant für das 3. Heft 2026 der Zeitschrift *Kulturpolitische Mitteilungen* einen Schwerpunkt „III/2026: Kultur und Kulturpolitik gegen rechte Vereinnahmung".

Doch nicht nur für ein besseres Verständnis wäre dies relevant, sondern auch wenn man, wie Holtorf fordert, aktiv einen anderen Weg einschlagen will. Denn soll dieser Weg nicht auf theoretischer Ebene verharren, sondern tatsächlich eine Wirkung entfalten, müssten die gewonnene Erkenntnis und die daraus entstehenden Narrative oder Szenarien ja entweder genau dort ankommen, wo heute die Katastrophe oder wie in Schweden der Kriegsfall im Blick ist oder aber dezidiert andere Räume finden, in denen sie gesellschaftlich wirksam werden.

Auch eine politische Einordung der Entwicklungen nimmt Holtorf nicht vor, doch auch dies wäre meines Erachtens wichtig. Der martialische Ton der von Holtorf zum Eingang seines Beitrags zitierten Informationsbroschüre der schwedischen Katastrophenschutzbehörde war kurz nach ihrem Erscheinen auch deutschen Medien aufgefallen. In dem bereits oben erwähnten Vortag zitiert Voges beispielhaft einen Artikel mit dem Titel *Krieg und Nudeln* in dem Alex Rühle im November 2024 in der Süddeutschen Zeitung die schwedische Broschüre im Vergleich mit in etwa zeitgleich erschienenen Publikationen aus Norwegen und Finnland besprach (Voges 2025a; Rühle 2024). Rühle stellt fest, dass sich die schwedische Broschüre von den beiden anderen durch die Betonung auf den Kriegsfall deutlich unterscheide, streicht die gleichen Sätze heraus, die auch Holtorf zitiert und ordnet sie folgendermaßen ein:

> „‚Wenn Schweden angegriffen wird, werden wir niemals aufgeben. Alle Informationen, dass der Widerstand eingestellt wird, sind falsch.‘ Alles im Indikativ, so als sei dieses ‚wenn‘ keine Eventualität, sondern eine Zeitangabe, und es gehe nur noch darum, wie man mit dem – wahrscheinlich ja russischen – Angriff nun umgeht. Insgesamt wird 29 Mal das Wort Krieg verwendet. […] Auf die Anfrage der SZ, warum die schwedische Broschüre so oft von Krieg spreche, als ob der schon da sei, antwortet die zuständige Behörde für Katastrophenschutz, die martialischen Eingangssätze – ‚Wenn Schweden angegriffen wird, werden wir niemals aufgeben. Alle Informationen, dass der Widerstand enden wird, sind falsch‘ – hätten schließlich schon in der ersten schwedischen Broschüre dieser Art gestanden.“ (Rühle 2024)

Diese erste Broschüre sei, so Rühle, 1943, mitten im Zweiten Weltkrieg erschienen. Die finnische Publikation dagegen verwende das Wort Krieg gar nicht, die norwegische spreche davon, dass „[…] extreme Wetterbedingungen, Pandemien, Unfälle, Sabotage und im schlimmsten Fall auch Kriegshandlungen […]“ Norwegen treffen könnten. Rühle meint, der Ton der schwedischen Broschüre passe zur Regierungsrhetorik, die immer wieder an Schnappatmung grenze und zitiert eine finnische Journalistin, die das „bellizistische Feuerwerk“ schwedischer Politiker *innen damit kommentierte, man würde „[…] in Finnland […] derartig drastische Rhetorik ‚als Hysterie bezeichnen […]. Mit dem Wort Krieg spielt man nicht‘“ (Rühle 2024). Die Broschüre der schwedischen Katastrophenschutzbehörde transportiert also gezielt das von der schwedischen Regierung unter scheinbar bewusstem Rückgriff auf die im Zweiten Weltkrieg verwendete Rhetorik gepflegte Narrativ. Und selbiges wurde über einen Mitarbeiter der Behörde bereits vor Erscheinen der Broschüre, schon 2023 auf einer Veranstaltung des schwedischen Museumsverbands eingeführt.

Auch in Deutschland nimmt ein Diskurs zur Wehrhaftigkeit seit dem Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine 2022 breiten Raum ein, der allerdings ebenfalls deutlich zurückhaltender geführt wird als in Schweden. Eine Verbindung von Wehrhaftigkeit zu Kulturerbe ist in relevanten deutschen Regierungspublikationen auf Bundesebene nicht zu finden.[2] Allerdings ist der Bund in Deutschland auch lediglich für den Schutz von

2 Die 2023 publizierte erste nationale Sicherheitsstrategie ist explizit im Gegensatz zum bisherigen allein auf Verteidigung ausgerichteten Weißbuch interdisziplinär ausgerichtet, Kultur wird jedoch nicht thematisiert (Auswärtiges Amt 2023; Bundesregierung 2023). Auch in den Publikationen der Bundesakademie für Sicherheitspolitik, die sich mit der nationalen Sicherheitsstrategie befassen, findet sich bei einer Suche nach dem Wort ‚Kultur‘ über Begriffe wie ‚Sicherheitskultur‘ oder ähnliches hinaus kein Treffer (https://www.baks.bund.de/de; Stand Januar 2026). Die 2022 publizierte, ressortübergreifende Resilienzstrategie enthält eine knappe Seite zum Kulturgutschutz (Bundesministerium des Innern und für Heimat 2022). Der 2024 veröffentlichte Umsetzungsplan zur Resilienzstrategie beschreibt zwar Kulturgüter als identitätsstiftend, zielt jedoch lediglich auf deren Schutz ab. In dem Plan wird die „Durchführung von öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen und Beiträgen zur Problematik der drohenden Vernichtung von Kunstwerken und Kulturgütern durch Krieg […]“ als Schwerpunkt genannt und er enthält Maßnahmen im Bereich Kulturgutschutz, darunter historische Forschung, die unter anderem die Politisierung des Kulturerbes untersuchen soll (Bundesministerium des Innern und für Heimat 2024: 27, 36 Maßnahme Nr. 12). Auch in Deutschland wurde ein Ratgeber mit Handlungsempfehlungen für Krisen-Notsituationen jüngst überarbeitet und neu aufgelegt. Er erschien 2025 und führt neben Ereignissen die „[…] unsere gewohnten alltäglichen Abläufe stören“, darunter extreme Wetterereignisse, Cyberattacken, Desinformation oder Sabotage, auch an: „Selbst ein Krieg scheint nicht mehr so ausgeschlossen wie noch vor einigen Jahren“ (Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe 2025). Auf seiner Homepage informiert das herausgebende Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) explizit über die Gründe dafür, dass Krieg in der im Ton völlig sachlich gehaltenen Broschüre aufgegriffen wurde: Es seien eine vermehrte Nachfrage von Bürgerinnen und Bürgern sowie Erhebungen gewesen, die ergaben, dass Menschen sich Informationen und Vorbereitungsempfehlungen zu diesem Thema wünschten (BBK 2026). Das Vorgehen unterscheidet sich also stark von dem schwedischen.

Kulturgut im Kriegsfall zuständig – ansonsten liegt die Verantwortung für Kultur und Kulturgüter maßgeblich bei den Ländern und Kommunen und diese föderale Trennung war eine bewusste Reaktion auf die zentral gesteuerte Instrumentalisierung der Kulturpolitik im Nationalsozialismus (Heinicke 2025; Geier 2021). In beispielhaft für die Länder konsultierten Publikationen aus Baden-Württemberg, die sich mit Resilienz beschäftigen, wird zwar Identität erwähnt, jedoch wenig dazu ausgeführt und es findet sich auch kaum ein Hinweis auf die Verbindung von Kulturerbe und Identität (Janoschka u. a. 2024; Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen 2023). „Erhaltung und Schutz bedeutsamer Kulturdenkmale als prägende Elemente der Landschaft“ wird in den Eckpunkten für den Landesentwicklungsplan im Handlungsfeld „Freizeit, Erholung und Tourismus“ behandelt (Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen 2023). Eine Trennung von Sicherheitspolitik, Zivil- und Katastrophenschutz und Kulturerbe scheint in Deutschland also weiterhin gegeben zu sein.

Neben strukturellen Gegebenheiten stellt das Bewusstsein des Missbrauchs von Kultur und Kulturerbe im Nationalsozialismus im Zusammenspiel mit der Bedeutung der deutschen Erinnerungspolitik beziehungsweise dem kulturpolitischen Fokus auf Erinnerungskultur in Deutschland eine erhebliche Hürde dar, die einem unwidersprochenen Übergang von einem universalistischen Verständnis von ‚Welterbe‘ zu Kulturerbe als identitätsstiftendem Instrument für eine nationalistische Schließung nach innen oder gar in Vorbereitung auf einen Kriegsfall, wie das nach Holtorfs Ausführungen für Schweden der Fall ist, (zumindest noch) unmöglich erscheinen lässt.

So sehr dies lange Zeit eine unverrückbare Selbstverständlichkeit gewesen sein mag, so wenig selbstverständlich ist es allerdings, dass das auch in Zukunft so bleibt. Ausgrenzende Konzepte einer ‚Leitkultur‘ werden bereits seit längerem einem Paradigma der Vielfalt entgegengestellt (Heinicke 2025). Ein linksliberales Weltbild als Norm ist nicht mehr selbstverständlich und dass ein Kulturkampf von rechts stattfindet steht außer Frage, auch wenn diskutiert wird, wie erfolgreich er tatsächlich ist (Strauß 2025). Bisher handelt es sich größtenteils um gesellschaftliche Aushandlungsprozesse, in denen politisch gesetzte Narrative eine Rolle spielen. Wie schnell diese Narrative exekutiv in Maßnahmen umgesetzt werden könnten und wie massiv dies auch den Kulturbereich ändern würde, sobald sie Mehrheiten hätten, hatten bereits ein das Bauhaus diffamierender Antrag der AfD-Fraktion in Sachsen-Anhalt im Oktober 2024 (Drucksache 8/4681, 15.10.2024) und ein Antrag derselben Fraktion zu einer Kampagne #deutschdenken im Mai 2025, mit der sie Sachsen-Anhalt „[…] eine Führungsrolle bei der anstehenden kulturpolitischen Wende“ zuweisen wollte (Drucksache 8/5478, 06.05.2025), unmissverständlich verdeutlicht.[3] Diese muten jedoch gegenüber der Deutlichkeit des unterdessen öffentlichen Entwurfs der AfD Sachsen-Anhalt für ein „Regierungsprogramm“ zur Landtagswahl 2026 beinahe harmlos an. In dem Programm stehen unter anderem folgende Sätze, die völlig abgesehen vom Wahlausgang im September aufrütteln sollten:

> „Eine Tradition der Traditionsvernichtung hat, von der 68er-Bewegung ausgehend, unser kulturelles Erbe entkernt und damit Möglichkeiten einer stabilen nationalen Identitätsbildung verbaut. Seiner Selbstbehauptungskräfte beraubt, ist Deutschland dem Einfluss der Regenbogenideologie hilflos ausgeliefert. Die AfD-Sachsen-Anhalt wird diese Identitätsstörung durch eine neue, patriotische Kulturpolitik heilen. Die Kulturpolitik muss den Deutschen ihr Selbstbewusstsein zurückgeben. Wir werden durch gezielte Maßnahmen und Bezugnahmen auf die guten Seiten der deutschen Geschichte eine unverkrampften und auf gesunde Weise selbstbewusste deutsche Identität fördern.“ (https://www.politico.eu/wp-content/uploads/2026/01/25/Document-AfD-Regierungsprogramm-2026.pdf, S. 45 Z. 1302–1313; Stand 31.01.2026)

Insgesamt ist festzuhalten, dass der Kulturerbebereich nicht im luftleeren Raum zu sehen ist, sondern eingebunden ist in politische und gesellschaftliche Entwicklungen. Die Beschäftigung mit den Potenzialen von Kulturerbe für positive Zukünfte zum Wohle aller (!) Menschen sollte deshalb ebenso nicht für sich stehen, sondern als ein Teil zur Stärkung der Demokratie beziehungsweise zur Zurückdrängung demokratiegefährdender Strömungen in Politik und Gesellschaft begriffen werden.

Entsprechend wäre es meines Erachtens nicht nur sinnvoll, sondern geboten, sowohl den akademischen Diskurs zur Frage, wie Kulturerbe zum Wohle von Menschen beitragen kann, als auch die praktische Beschäftigung mit ‚Heritage Futures‘ nicht abgekapselt zu führen, sondern breit den Schulterschluss zu suchen mit anderen Disziplinen, Personen, Verbänden und Organisationen, die sich aus ihrer jeweiligen Perspektive heraus für den Schutz der Demokratie einsetzen.

---

3 Die AfD Sachsen-Anhalt ist der Landesverband der rechtspopulistischen Partei Alternative für Deutschland (AfD) im Land Sachsen-Anhalt. Er wird vom Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen-Anhalt seit November 2023 als gesichert rechtsextrem eingestuft, https://mi.sachsen-anhalt.de/verfassungsschutz/themenfelder/rechtsextremismus/rechtsextremistische-parteien, Stand 22.03.2026.

Bibliografie

Auswärtiges Amt. 2023. Wehrhaft. Resilient. Nachhaltig. Integrierte Sicherheit für Deutschland. Nationale Sicherheitsstrategie. Berlin. https://www.nationalesicherheitsstrategie.de/Sicherheitsstrategie-DE.pdf. Stand 20.02.2025.

Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK). 2012. Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten. 7. Aufl. https://www.bbk.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Mediathek/Publikationen/Kulturgutschutz/schutz-von-kulturgut-bei-bewaffneten-konflikten.pdf?__blob=publicationFile&v=5. Stand 08.02.2026.

Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK). 2025. Vorsorgen für Krisen und Katastrophen. Bonn. 2. Aufl. https://www.bbk.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Mediathek/Publikationen/Buergerinformationen/Ratgeber/BBK-Vorsorgen-fuer-Krisen-und-Katastrophen.pdf?__blob=publicationFile&v=41. Stand 04.03.2026.

Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK). 2026. Homepage. https://www.bbk.bund.de/DE/Warnung-Vorsorge/Vorsorge/Ratgeber-Checkliste/ratgeber-checkliste_node.html. Stand 08.02.2026.

Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI). 2022. Deutsche Strategie zur Stärkung der Resilienz gegenüber Katastrophen. Umsetzung des Sendai Rahmenwerks für Katastrophenvorsorge (2015–2030) – Der Beitrag Deutschlands 2022–2030. Berlin. https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/bevoelkerungsschutz/BMI22017-resilienz-katastrophen.pdf?__blob=publicationFile&v=3. Stand 20.02.2026.

Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI). 2024. Umsetzungsplan der Deutschen Strategie zur Stärkung der Resilienz gegenüber Katastrophen. Berlin. https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/bevoelkerungsschutz/BMI24017-umsetzungsplan-resilienz.pdf?__blob=publicationFile&v=3. Stand 22.03.2026.

Bundesregierung. 2023. Pressemitteilung zur Veröffentlichung der Nationalen Sicherheitsstrategie. 14. Juni 2023. https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/nationale-sicherheitsstrategie-2195890. Stand 20.02.2026.

Deutschlandfunk Nova. 2026. Homepage Podcast „Hörsaal“. https://www.deutschlandfunknova.de/beitrag/preparedness-vorsorgen-fuer-die-katastrophe. Stand 06.02.2026.

Geier, Wolfram. 2021. Strukturen, Akteure und Zuständigkeiten des deutschen Bevölkerungsschutzes. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 71(10–11): 16–22. https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/APuZ_2021-10-11_online.pdf. Stand 09.01.2026.

Heinicke, Julius. 2025. Kulturpolitik in der Bundesrepublik. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 75(49): 10–16. https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/APuZ_2025-49_online_Kulturpolitik.pdf. Stand 20.02.2026.

Hilgert, Markus. 2019. „Why Culture Matters. The Impact of Culture and Cultural Heritage on Societal Challenges and Sustainable Development”, Vortrag gehalten im Yarmouk Cultural Center, Kuwait. Kulturstiftung der Länder, Homepage Rubrik Kulturpolitik. https://www.kulturstiftung.de/why-culture-matters/ und https://www.youtube.com/watch?v=b_n7wnMotDI. Stand 22.03.2026.

Holtorf, Cornelius. 2026. Alternative Futures: How Can Cultural Heritage Be Mobilized for Peace Rather than War? *Forum Kritische Archäologie* 15, Controversy: Alternative Futures: 25–36. DOI: 10.17169/refubium-52134.

Janoschka, Michael, Marion Hitzeroth und Steven Ross. 2024: *Resilienz der ländlichen Räume in Baden-Württemberg. Ein Konzept*. Endbericht. Projekt im Rahmen der interministeriellen Arbeitsgruppe „Resiliente Ländliche Räume“ des Kabinettsausschusses Ländlicher Raum. Karlsruhe.

Marwecki, Daniel. 2025. *Die Welt nach dem Westen. Über die Neuordnung der Macht im 21. Jahrhundert*. Berlin: Ch. Links Verlag.

Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen Baden-Württemberg. 2023. Raum für morgen. Eckpunkte für den neuen Landesentwicklungsplan Baden-Württemberg. Stuttgart. https://img.mlw.oneba.se/,s5B790Nx0V4ahlKiFqhpAO3NXQvFw6UHvSb2WqiBqS6k=/https://www.landesentwicklung-bw.de/img/stream/content/downloads/lep-raum-fuer-morgen-eckpunktepapier.pdf,p15. Stand 09.01.2026.

Rühle, Alex. 2024. Krieg und Nudeln. Konfrontation mit Russland. *Süddeutsche Zeitung* 27.11.2024. https://www.sueddeutsche.de/politik/schweden-finnland-norwegen-broschueren-ernstfall-unterschied-lux.8AEuGZixYnTkygwfmvkihd?reduced=true. Stand 23.01.2026.

Strauß, Simon. 2025. Kulturrepublik Deutschland. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 75(49): 4–9. https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/APuZ_2025-49_online_Kulturpolitik.pdf. Stand 20.02.2026.

United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization. 2001 [1945]. Verfassung der Organisation für Bildung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO). https://www.unesco.de/dokumente-und-hintergruende/dokumente/unesco/verfassung-der-organisation-fuer-bildung-wissenschaft-und-kultur/. Stand 20.02.2026.

United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization (UNESCO). 1972. Convention Concerning the Protection of the World Cultural and Natural Heritage. Adopted by the General Conference at its seventeenth session Paris, 16 november 1972. https://unesdoc.unesco.org/ark:/48223/pf0000002091. Stand 20.02.2026.

United Nations Inter-Agency Secretariat of the International Strategy for Disaster Reduction (UNISDR). 2015. Sendai Framework for Disaster Risk Reduction 2015–2030. Genf. https://www.undrr.org/media/16176/download?startDownload=20260207. Stand 07.02.2026.

United Nations Inter-Agency Secretariat of the International Strategy for Disaster Reduction (UNISDR). 2005. Hyogo Framework for Action 2005–2015. Building the Resilience of Nations and Communities to Disaster. Genf. https://www.unisdr.org/2005/wcdr/intergover/official-doc/L-docs/Hyogo-framework-for-action-english.pdf. Stand 20.02.2026.

United Nations Office for Disaster Risk Reduction (UNDRR). 2026a. DRR and UNDRR's History. https://www.undrr.org/our-work/history. Stand 20.02.2026.

United Nations Office for Disaster Risk Reduction (UNDRR). 2026b. A Walk Through DRR History. The Early Experiences and Works of the Disaster Risk Reduction Pioneers. https://www.preventionweb.net/hubs/walk-though-history-disaster-risk-reduction. Stand 20.02.2026.

Voges, Jonathan. 2025a. „‚Für den Notfall vorgesorgt'. Preparedness als Zugriff auf die Zukunft". Vortrag im Rahmen des Institutskolloquium des Leibniz-Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF) Potsdam, gehalten am 16.10.2025. Veröffentlicht in der Podcast-Folge „Hörsaal" von Deutschlandfunk Nova am 01.01.2026. https://www.deutschlandfunknova.de/beitrag/preparedness-vorsorgen-fuer-die-katastrophe. Stand 30.01.2026.

Voges, Jonathan. 2025b. Priv.-Doz. Jonathan Voges. Wissenschaftlicher Mitarbeiter (Mitarbeiterprofil). https://zzf-potsdam.de/institut/personen/mitarbeiter_innen/jonathan-voges. Stand 06.02.2026.

Voges, Jonathan. 2025c. „Are you ready?" Preparedness als Zugriff auf die Zukunft seit den 1990er Jahren (Projektbeschreibung). https://zzf-potsdam.de/forschung/projekte/are-you-ready-preparedness-als-zugriff-auf-die-zukunft-seit-den-1990er-jahren. Stand 06.02.2026.